

Das große  
**M+E-Quiz**  
auf Seite 4

## Keine Zeit verlieren! Wir müssen raus aus der Krise

**E**in erster Schritt ist geschafft: Mitte Juli 2025 hat der Bundesrat den Weg für den Investitionsbooster freigegeben. Er ist die erste große wirtschaftspolitische Initiative der neuen Bundesregierung. Und ein wichtiges Signal für den Standort. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten bedeuten, dass Investitionen in Deutschland für Unternehmen in den ersten Jahren steuerlich attraktiver werden. Und auch die Aussicht darauf, dass ab 2028 die Körperschaftsteuer schrittweise sinken soll, kann ein dringend benötigter Wachstumsimpuls (nicht nur) für die M+E-Industrie sein.

Klar ist aber: Das darf nur der Anfang sein. Vor allem im Vergleich zu nichteuropäischen Ländern ist der Standort Deutschland in vielen Bereichen nach wie vor kaum konkurrenzfähig. Die Steuern werden weiterhin über dem Durchschnitt der Industrieländer liegen. Gleichzeitig liegen Energiekosten, Bürokratielasten und Arbeitskosten an der Spitze. Jahrzehntelange Versäumnisse auf diesen Gebieten lassen sich nicht in wenigen Monaten aufholen. Das wird nur durch eine schnelle und vor

allem dauerhafte Verbesserung der Standortbedingungen gelingen. Wie dringlich grundlegende Reformen sind, zeigt die wirtschaftliche Entwicklung bei M+E: Die Produktion in Deutschlands wichtigstem Industriezweig ist neun Quartale in Folge gesunken und liegt derzeit 18 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau von 2018 – also vor Rezession, Corona-Pandemie und Ukrainekrieg. Die Kapazitäten der Unternehmen waren im Juli 2025 weiterhin nur zu 78 Prozent ausgelastet – 42 Prozent der M+E-Betriebe melden Auftragsmangel. Diese Lage trifft zunehmend auch die Beschäftigten: Seit 2023 sind über 150.000 Arbeitsplätze bei M+E verloren gegangen.

Die Bundesregierung muss ihren ersten Reformschwung deshalb unbedingt beibehalten: „Wir haben alle Chancen und sehr starke Argumente für Investitionen am Standort Deutschland“, sagt Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf. Deutschland hat das Potenzial für höheres Wachstum. Aber nur schnelles, energisches Handeln durch die Politik kann eine echte Aufwärtsspirale einleiten.

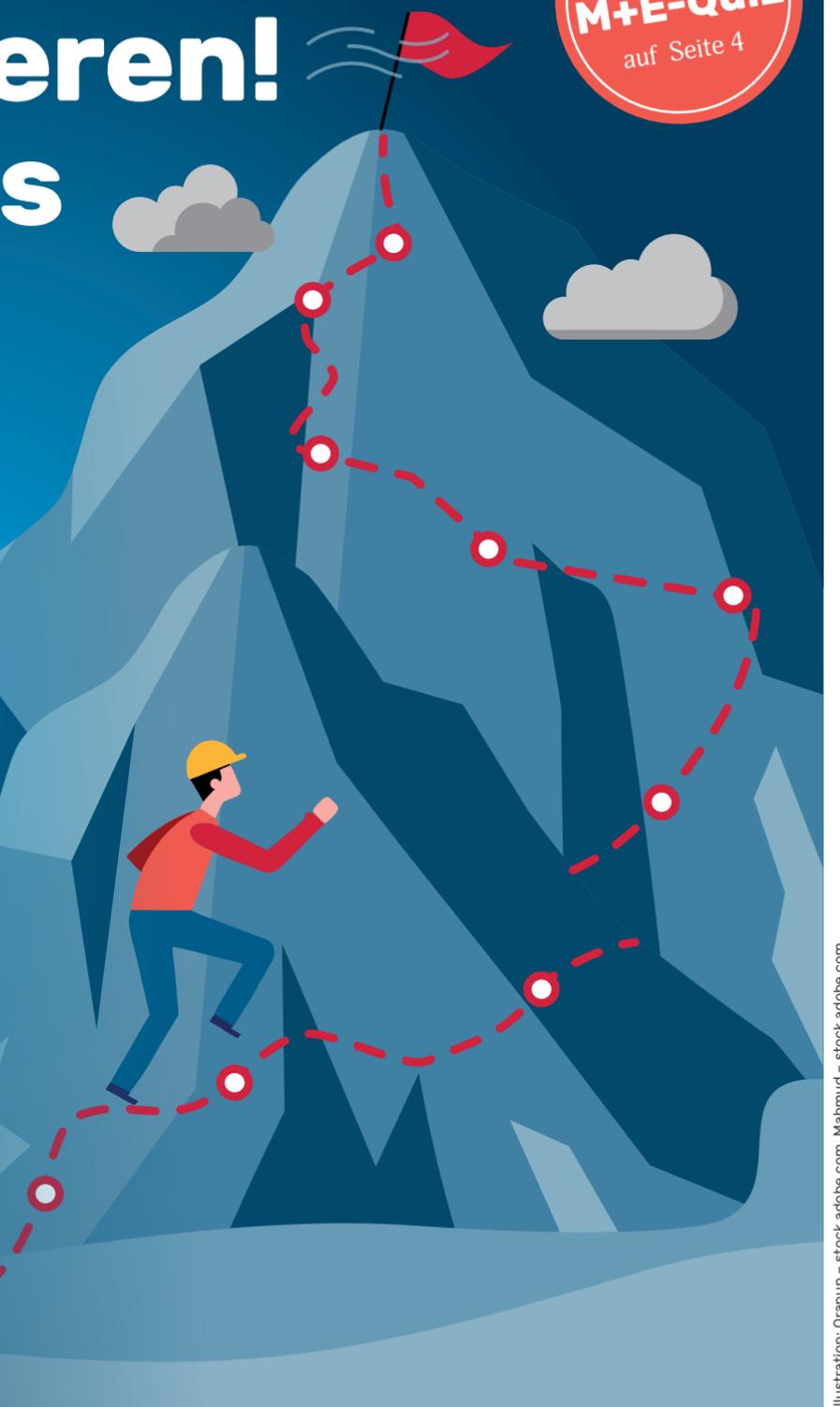


Illustration: Orapun - stock.adobe.com, Mahmud - stock.adobe.com



Foto: Wilfried Meyer

**Arndt G. Kirchhoff** ist Präsident von METALL NRW und Vorsitzender des Aufsichtsrats der KIRCHHOFF Gruppe.

### Interview

## „Wir haben in Deutschland ein Kostenproblem“

**Die neue Bundesregierung ist nun seit ein paar Monaten im Amt. Wie bewerten Sie den Start des Teams um Friedrich Merz?**

Zuerst musste sich der Bundeskanzler darum kümmern, angesichts der riesigen geopolitischen Herausforderungen den Ruf Deutschlands in Europa und in der Welt wieder zu verbessern. Das hat er sehr gut gemacht. Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik bin ich überzeugt, dass sich weite Teile der Bundesregierung auch der Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Industrie für unser Land bewusst sind. Erste Entscheidungen wie etwa der Investitions-Booster oder die Senkung der

Stromsteuer sind auch in die richtige Richtung gegangen. Die reichen aber nicht.

**Erste Schritte sind also gemacht. Was muss aus Ihrer Sicht aber unbedingt noch passieren?**

Der angekündigte Herbst der Struktur-reformen muss jetzt kommen. Wir haben in Deutschland seit vielen Jahren ein Kostenproblem: Das gilt für die Energiekosten, Steuern und die Höhe der Sozialabgaben. Hinzu kommen die überbordende Bürokratie und überlange Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das alles hemmt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Sie ist aber Voraussetzung dafür,

dass wir wieder Wachstum erzielen. Also: Die Politik muss jetzt schleunigst die Rahmenbedingungen verbessern.

**Wenn die Politik sich wirklich für den Standort einsetzt: Wo steht die deutsche Industrie in fünf Jahren?**

Wenn die Politik mutig und entschlossen die angekündigten Struktur-reformen umsetzt, bin ich durchaus zuversichtlich. Dann wird unsere Industrie auch in fünf Jahren führend bei Produkten wie Autos, Elektrogeräten, Leuchten oder Spezialmaschinen sein können. Aber klar ist: Dieses Szenario hängt auch ganz wesentlich von den politischen Entscheidungen ab.

# Etwas getan, aber noch viel zu tun

Die Bundesregierung hat mit den dringend benötigten Reformen begonnen, die Wirtschaft und Bürger gleichermaßen entlasten könnten. Aber der Reformstau aus den vergangenen Jahrzehnten ist lang. Wo sich dringend etwas tun muss

## Investitionen wieder attraktiv machen

Unternehmen brauchen das Signal, dass sich Investitionen am Standort Deutschland wieder lohnen. Das Geld, das sie zum Beispiel für Maschinen und Anlagen ausgeben, stärkt den Standort langfristig. Derzeit investieren Unternehmen aber lieber im Ausland. Immerhin bei den Unternehmenssteuern will die Bundesregierung etwas tun: Ab 2028 soll die Körperschaftsteuer in fünf Schritten um 5 Prozentpunkte sinken. Das wäre eine spürbare Entlastung für die Wirtschaft, die Wachstum fördern und Deutschland im Wettbewerb der Industrieländer wieder attraktiver machen könnte.

### Weniger würde wirken

Unternehmenssteuersatz 2024 in Prozent

Deutschland	29,9
Japan	29,7
Frankreich	25,8
USA	25,6
China	25,0
Großbritannien	25,0
<b>Deutschland 2032</b>	<b>24,9*</b>
Durchschnitt Industrie-Staaten	23,8
Polen	19,0
Irland	12,5

\* Bei Senkung der Körperschaftsteuer um 1 Prozentpunkt/Jahr ab 2028; Quelle: OECD

## Energie wieder bezahlbar machen

Zumindest gegenüber der Wirtschaft will die Koalition ihre Zusagen einhalten: Ab Anfang 2026 soll die Stromsteuer für das Verarbeitende Gewerbe auf die EU-Mindesthöhe von 0,05 Cent/kWh sinken. Davon profitieren auch einige der M+E-Unternehmen. Das ist ein wichtiges Signal, denn dadurch werden die Kosten des Standortes gesenkt. Jede Entlastung hilft – aber gerade für die Industrie werden die Energiepreise ein Wettbewerbsnachteil bleiben: In den USA etwa kostet Industriestrom weniger als halb so viel. Und auch in Nachbarländern wie Polen lässt es sich teils deutlich günstiger produzieren.

**18,1 Cent/kWh** kostet Industriestrom für mittelgroße Kunden in Deutschland\*. In den USA sind es nur **8,2 Cent\*\***.

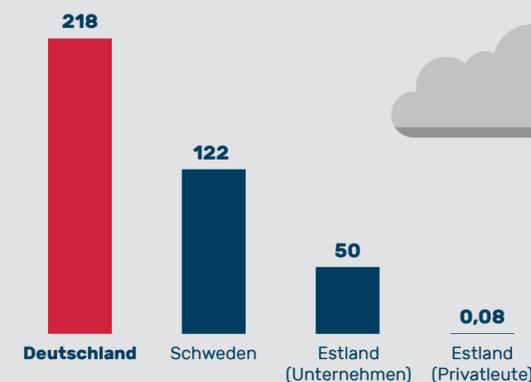
\* Durchschnitt 2. Hj. 2024, Verbrauch 2.000 bis 19.999 MWh; \*\* Durchschnitt 2024, alle Verbräuche; Quellen: Eurostat, EIA

## Bürokratie endlich zurückfahren

Ausufernde Bürokratie ist eines der hartnäckigsten Hindernisse für Wachstum – und für den Alltag von Bürgern und Unternehmen. Deutschland muss endlich ein modernes und digitales Land werden. Bislang sind die Zeichen aus dem zuständigen Digitalministerium erfreulich. Jetzt muss die versprochene Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes ebenso kommen wie die von der EU geplanten Vereinfachungen der Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Und alle Bürger könnten profitieren, wenn die Bundesregierung das „One in, two out“-Prinzip aus dem Koalitionsvertrag wahrmacht: Dann würden für jede neue Regel zwei bestehende gestrichen.

### Zeitfresser Bürokratie

Erfüllungsaufwand je Steuererklärung in Stunden



Quellen: ifo-Institut, e-residency.gov.ee

## Fachkräftemangel durch gute Bildung bekämpfen

Der Fachkräftemangel bleibt eine der größten Herausforderungen besonders für die M+E-Industrie. Das hat die Bundesregierung erkannt. Dass sie unter anderem die duale Ausbildung stärken will, ist daher richtig: Allein in den MINT-Berufen sind rund 370.000 Stellen offen. Es braucht aber noch mehr: Wenn die Wirtschaft wieder anspringen soll, kann Deutschland es sich nicht leisten, dass Millionen junge Menschen keinen Berufsabschluss haben. Die Politik muss deshalb alles für eine bessere schulische Ausbildung und bundeseinheitliche Bildungsstandards tun.

**2,9 Mio.** junge Menschen ohne Berufsabschluss gab es Ende 2024 in Deutschland

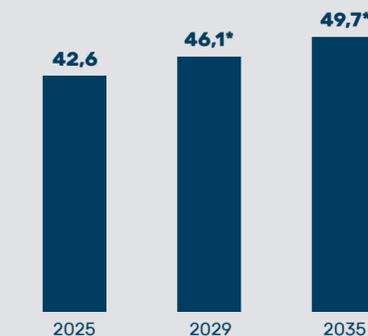
Quelle: Berufsbildungsbericht

## Mehr Netto vom Brutto sicherstellen

Bei Rente, Pflege und Krankenversicherung sind grundlegende Reformen notwendig. Die Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht weiter steigen und müssen auf 40 Prozent vom Brutto zurück. Anderenfalls lohnt sich Arbeit in Deutschland für Unternehmen und Beschäftigte immer weniger. Der Bundeskanzler hat zwar fürs zweite Halbjahr Reformen angekündigt. Eine echte Deckelung oder gar Entlastung steht aber nicht zur Debatte. Im Gegenteil: Wenn die SPD fordert, die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung zu erhöhen, wäre das gerade für M+E-Facharbeiter eine weitere spürbare Belastung.

### Immer höher

Gesamtbeitragsatz zur Sozialversicherung



In Prozent des jeweiligen sozialversicherungspflichtigen Bruttolohns, \*Projektionen; Quelle: IGES

# Im roten Bereich

Die Metall- und Elektro-Industrie steckt weiter in der Krise. Ob Produktion oder Geschäftslage – alles hängt im Minus. Auch die Beschäftigung ist zuletzt immer schneller gesunken. Und die Erwartungen der Unternehmen für die Zukunft zeigen: Für einen echten Stimmungsumschwung hat die neue Bundesregierung bislang nicht gesorgt

## Stellenabbau beschleunigt sich

Zahl der M+E-Beschäftigten in NRW,  
Monatswerte

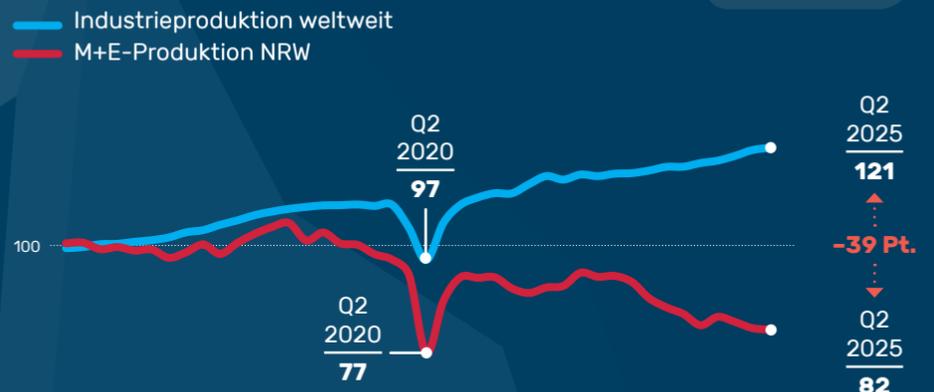


Der Arbeitsmarkt bei M+E verschlechtert sich seit nunmehr 18 Monaten. Im Vergleich zum Höhepunkt vor Corona sind inzwischen sogar rund 66.000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektro-Industrie verloren gegangen – und rund 28.000 allein seit Jahresanfang 2025.

Quelle: Gesamtmetall

## M+E immer weiter abgehängt

Produktionsentwicklung,  
Index 2015 = 100



Auch die Produktion bei M+E verharrt im Sinkflug. Inzwischen dauert er schon mehr als zwei Jahre. Weil sich der Rest der Welt deutlich besser entwickelt, wird hier besonders klar, dass der Industriestandort Deutschland unter hausgemachten Problemen leidet.

Quellen: World Trade Monitor, Statistisches Bundesamt, Metall NRW

## Schlechte Aussichten

M+E-Geschäftsklima, Saldo aus positiven und negativen Antworten

■ Erwartungen  
■ Lage

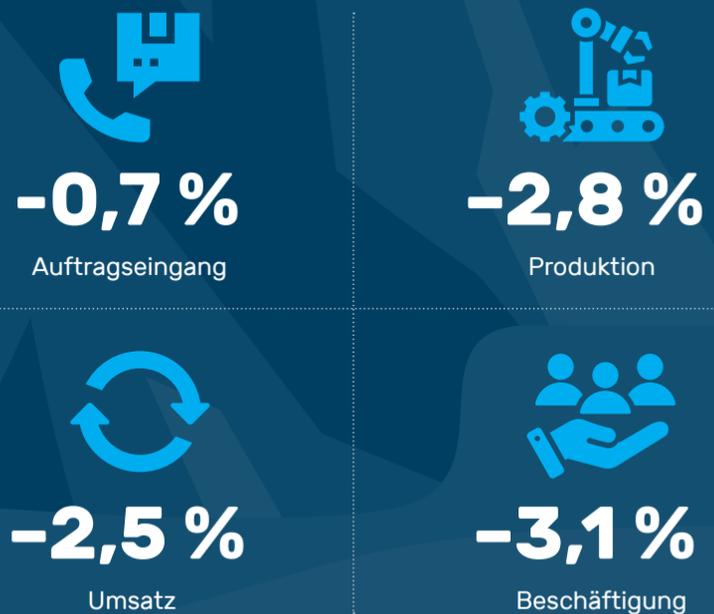


Das Geschäftsklima bei M+E ist weit entfernt vom Niveau vor der Corona- und Energiekrise. Zuletzt hat es sich leicht verbessert, die Unternehmen bleiben aber pessimistisch. Neben der Rezession in Deutschland drücken Unsicherheiten wie Kriege und die erratische US-Zollpolitik auf die Stimmung der Unternehmen.

Quelle: ifo Institut

## Lage weiter trüb – aber ein Hoffnungsschimmer

M+E-NRW-Kennzahlen, 1. Halbjahr 2025 gegenüber Vorjahreszeitraum



Quellen: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall

## ME QUIZ

### Gute Idee

Um wie viele Prozentpunkte will die Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz für Unternehmen senken? Nennen Sie uns den richtigen Wert und gewinnen Sie einen der nebenstehenden Preise.

**Viel Glück!**



**1.+2. Preis**  
Warmes für die kalten Tage: Brotbackautomat mit 18 Programmen.



**3.-5. Preis** Leichte und soundstarke Bluetooth-Ohrhörer.

Nehmen Sie online teil:  
[www.me-zeitung.de/gewinnspiel](http://www.me-zeitung.de/gewinnspiel)

Oder senden Sie Ihre Antwort per Post an:

**IW Medien GmbH**  
Stichwort: M+E-QUIZ  
Postfach 10 18 63 • 50458 Köln

**Spielregeln:** Teilnahmeberechtigt sind alle Leser der M+E-Zeitung. Eine Teilnahme über Gewinnspielclubs oder sonstige gewerbliche Dienstleister ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden unter allen richtigen Einsendungen ausgelost. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2025. Es gilt das Datum des Poststempels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

### Impressum

Herausgeber: Arbeitgeberverband Gesamtmetall • Voßstraße 16, 10117 Berlin • Telefon: 030 55150-0 • E-Mail: [info@gesamtmetall.de](mailto:info@gesamtmetall.de) • Präsident: Dr. Stefan Wolf • Hauptgeschäftsführer: Oliver Zander

Redaktion: Martin Leutz (verantw.), Carsten Brönstrup, Carsten Büttner, Alexander Dennebaum, Hubertus Engemann, Dr. Eike Frenzel, Stephan Hochrebe, Steffen Jans, Alexander Luckow, Jan Pasemann, Tobias Rademacher, Dominik Schmitz, Nicolas Schöneich, Patrick Schulze, Michael Schwarz, Sabine Stöhr, Joachim Wollschläger, Dr. Ute Zacharias

© Produktion und Bezugsnachweis: IW Medien GmbH • Postfach 10 18 63, 50458 Köln • Telefon 0221 4981-216

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH • Klimafreundlich gedruckt durch CO<sub>2</sub>-Ausgleich und auf 100 Prozent Recyclingpapier mit mineralölfreien Farben.

